RC - BULLETIN

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

V/1968

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76 PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
Solveig Ehrler
Elke Jung
Matthias Pfüller

Berlin, den
5. Dezember 1968

Inhaltsverzeichnis

I. Zur Diskussion
Außerordentliche Mitgliederversammlung und Strategie des Clubs.
Noch einmal "Demonstration und Gewalt" mit Beiträgen von Marianne Regensburger, Bernhard Blanke, Christlicher Friedensdienst, Peter van Spall, Matthias Pfüller, Nils Kadritzke/Knut Nevermann und Bernd Rabehl

II. Aus den Arbeitskreisen

III. Veranstaltungsrezensionen

IV. Leserbriefe

V. Veranstaltungskalender

VI. Fragebogen an die Mitglieder

I. Zur Diskussion

Außerordentliche Mitgliederversammlung und Strategie des Clubs

Eine Reihe von Mitgliedern des Republikanischen Clubs hat anläßlich der im BULLETIN IV zur Diskussion gestellten Erklärung des Vorstandes des RC zur Landgerichtsaktion eine außerordentliche Mitgliederversammlung gefordert.

Die Mitgliederversammlung wird am 9. Januar 1969 nach einer Reihe vorbereitender Diskussionen im RC stattfinden. Sie sollte aber nach Auffassung des Vorstands nicht als eine Reparlamentarisierung des RC begriffen werden, sondern als Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Arbeit und Strategie des Republikanischen Clubs als Teil der Außerparlamentarischen Opposition.

Die Risse in der Außerparlamentarischen Opposition im universitären Raum zwischen Aktivgruppen und der sich deutlich nach Ostern mehr und mehr passiv verhaltenden Masse der Studenten, kennzeichnen auch die Probleme des Republikanischen Clubs.

Das Ende der Massenspontaneität, der Vollversammlungen und gefüllten AudiMax-Veranstaltungen mußte von den Aktivgruppen, als es der Solidarität mit den Justizopfern bedurfte, schmerzlich erfahren werden. Isolierung und Solidaritätsverlust sind neben dem Widerspruch von radikalen verbalen Ansprüchen und der Schwierigkeit ihrer Verwirklichung unter anderem ursächlich verantwortlich für den aggressiveren Stil der Auseinandersetzung in der letzten Zeit.

Das Problem der Mobilisierung, die Kalkulation der Provokation und ihrer Vermittlung an die Basis können aber offensichtlich nicht abstrakt, sondern nur durch Praxis erfahren und erlernt werden.

So beginnen an der Universität aus der negativen Erfahrung über Massenmobilisierung die ad-hoc-Gruppen und Basisgruppen Konsequenzen zu ziehen und ihre Arbeit gemeinsam zu diskutieren, um sie in eine Basisstrategie einzubringen, zunächst mit dem bewußten Verzicht auf Massenbasis.

Der Republikanische Club, zunächst gegründet mit dem bescheidenen Ziel einer kritischen Öffentlichkeit, die in den Institutionen nicht mehr hergestellt wurde, war jedoch nicht zufällig politisch außerparlamentarisch, strukturell offen und nicht parteimäßig konzipiert. In seine Gründung gingen die Erfahrungen mit den autoritär strukturierten parlamentarisierten Arbeiterparteien ein, die vornehmlich den Entpolitisierungs- und Demoralisierungsprozeß an der Basis zu verantworten haben, ferner die Erfahrungen mit einem Parlament, das nur noch die demokratische Fassade für Entscheidungsprozesse hergibt, die unkontrolliert zwischen Wirtschaft und Exekutive fallen.

Im Republikanischen Club wurde nach Erscheinen der Parlamentarismuskritik von Johannes Agnoli (Transformation der Demokratie) über diesen politischen Transformationsprozeß diskutiert. Der erneute Versuch der Parlamentarisierung eines Teiles der Außerparlamentarischen Opposition, initiiert durch die neugegründete DKP in der Bundesrepublik, fällt nicht nur hinter die theoretischen Analysen und praktischen Erfahrungen der außerparlamentarischen Bewegung zurück, sondern droht auch die praktischen Ansätze einer basisbezogenen Strategie und die ersten Ansätze einer auf Selbstorganisation der Berufs- und Basisgruppen gründenden Organisation unter dem Mantel der "Sammlung aller demokratischen Kräfte" zu ersticken. Die seit Monaten geführte Polemik eines Teiles der Außerparlamentarischen Opposition gegen den "antiautoritären kleinbürgerlichen Anarchismus" erfordert die offensive politische Auseinandersetzung innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition über ihre künftige Strategie und eine negative wie positive Bestimmung ihrer Organisation. Die kommenden Freitagsveranstaltungen im RC über Mitbestimmung, Rätebewegung und die Parlamentarisierung der Außerparlamentarischen Opposition (siehe auch Veranstaltungskalender) sind als Vordiskussionen zunächst für die kommende o.a. Mitgliederversammlung im Januar gedacht.

Neben der aktiven Beteiligung an der theoretischen Diskussion müßte aber auch die Bereitwilligkeit des politisch passiveren Teiles der Mitglieder des RC vorhanden sein, die positiven, politischen Ansätze einer syndikalistischen Gruppenarbeit und die Arbeit radikalerer politischer Aktivgruppen zu unterstützen und soweit wie möglich die Initiative berufsorientierter Selbstorganisation aufzunehmen, wie es die Architekten, die Medizinalassistenten, die Kindergärtnerinnen, die Lehrer und Sozialarbeiter sowie die Journalisten bereits getan haben. Die Kritik an der Funktion der traditionellen politischen Institutionen muß wie in der Universität auch positive praktische Konsequenzen im Republikanischen Club haben. Politik sollte daher nicht mehr von Vorständen gemacht und von Mitgliederversammlungen ratifiziert oder abgelehnt werden.

Die Beschränkung des Vorstands des RC auf politische Diskussionsbeiträge statt öffentlicher politischer Erklärungen, sein Rückzug auf Koordinierung, Information und Anregungen zur Aufnahme basisorientierter Gruppenarbeit sollte als Versuch eines demokratischeren basisbezogenen Organisationsmodells interpretiert werden. Als technische Hilfe für den Vorstand, weitere Gruppenarbeit zu initiieren, dient der Berufsfragebogen, den wir bitten, möglichst bald ausgefüllt an uns zurückzuschicken.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung wird daher nach Auffassung des Vorstands die Aufgabe haben, eine intensive Diskussion möglichst einen Konsensus über eine verbindende Strategie zu entwickeln und die Entfremdung zwischen den passiven und aktiven Mitgliedern zu überwinden.

Solveig Ehrler/Rainer Wethekam

Die technischen Einzelheiten zur Mitgliederversammlung lesen Sie bitte unter Punkt V dieses BULLETINs.

Gewaltdiskussion

Abweichende Meinung eines Vorstandsmitgliedes

"Die Diskussion nach der Aktion vor dem Landgericht am 4. November 1968 hat gezeigt" - nur bis dahin bin ich einig mit den Genossen vom Vorstand. Mir scheint es, daß die Diskussion bisher gezeigt hat, daß man von einer praxisbezogenen theoretischen Diskussion anstehender Probleme auf nachträgliches Rechtfertigungsgeredo heruntergekommen ist, daß die Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition nicht nur nicht funktioniert, sondern daß einige kleine Gruppen überhaupt keinen Wert auf Kommunikation legen, was sie jedoch nicht daran hindert, nachträgliche Solidarisierung von den Nichtinformierten und Nichtbefragten zu verlangen, daß schließlich im antiautoritären Lager unübersehbar autoritäres Gehabe sich breitmacht, und daß endlich Ansätze zu persönlicher Diffamierung sichtbar werden, die die Intoleranz weit übersteigen und denunziatorischen Charakter haben.

Auch sind vorab einige Behauptungen aus der Vorstandserklärung richtig zu stellen. Es wird zur Verteidigung von Gewaltanwendung auch gegen Menschen behauptet, unsere Gesellschaft wäre demokratischer, "hätte man 1945 ff. Gewalt gegen Personen angewandt". Das ist eine reine Zweckbehauptung, die sich historisch widerlegen läßt. In Italien, in Belgien und insbesondere in Frankreich wurde unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus Gewalt gegen Personen angewandt (in Frankreich wurden rund 10.000 Collabos umgebracht, davon mehr als 5.000 ohne ordentliches Gerichtsverfahren), doch die Nachkriegsgesellschaften dieser Länder unterscheiden sich in ihren Strukturen, in denen undemokratische Entwicklung angelegt ist, kaum von der der Bundesrepublik.

Es wird weiter behauptet, es gäbe Anhaltspunkte dafür, "daß die Anwendung von Gewalt am 4. November 1968 bei vielen Arbeitern eher Sympathie als Abneigung, geschweige denn Furcht und Schrecken" erregt habe. Ebenso gut läßt sich das Gegenteil behaupten, denn für beide Behauptungen gibt es Beispiele. Obgleich es für auf wissenschaftliches Denken sich Berufende überflüssig sein sollte, Klippschulenweisheiten zu wiederholen, scheint der Hinweis vonnöten, daß Beispiele keine Beweise sind.

Ein Beweis für die Richtigkeit der Behauptung aus der Erklärung des Vorstandes wären schon die geringsten Anzeichen von Solidarisierung seitens größerer Gruppen von Arbeitern gewesen. Sie sind ausgeblieben, und jedem, der eine saubere Analyse unserer gegenwärtigen Situation nicht scheut, mußte klar sein, daß damit von vornherein nicht zu rechnen war.

Zu der Behauptung: "Die Identifikation mit dem Stärkeren ist eine aus der Psychoanalyse bekannte individuelle Reaktion.", ist festzustellen, daß das, was die Psychoanalyse aus den individuellen, von der bürgerlichen Gesellschaft und der patriarchalisch-autoritären Familie geprägten Unbewußten zutage fördert, meines Wissens hier zum ersten Mal als Perspektive für die Linke präsentiert wird. Hier wird Sozial-Darwinismus proklamiert und der Irrationalität sowie dem Opportunismus das Wort geredet.

Für den Erfolg der Aktion am Tegeler Weg gibt es keinerlei Beweise. Es existieren nicht einmal Hinweise darauf, daß - von den Beteiligten abgesehen - eine Vermittlung zwischen dem, was vor dem Landgericht und dem was im Landgericht geschah, überhaupt stattgefunden hat. Welchen Grund gibt es eigentlich, mit massiver Gewaltanwendung gegen Menschen etwas erzwingen zu wollen, wofür Liberale ohnehin sich einsetzen, weil sie es immer noch als selbstverständlich ansehen?

Es ist hier einmal festzuhalten, daß fast alles, was die Außerparlamentarische Opposition in den vergangenen zwei Jahren unternommen hat, völlig folgenlos geblieben ist, mit Ausnahme der Aktionen an den Universitäten. Einer der Gründe dafür dürfte auf dem Gebiet der sozialen Perspektive liegen, von der zwar wiederholt formelhaft die Rede ist, unter der sich jedoch gerade die, denen sie eröffnet werden soll, absolut nichts vorstellen können. Solange man unentwegt vom Klassenkampf spricht, gleichzeitig jedoch den Unterschied zwischen Studenten und ihren Lebensbedingungen und Interessen und den Arbeitern, bzw. Lohnabhängigen ignoriert oder ihn hinwegeskamotiert, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß höchstens schnell sich verändernde Randgruppen bereit sind, gelegentlich an Aktionen der APO teilzunehmen. Von einer Zustimmung der Masse zu den Vorstellungen der APO kann keine Rede sein, obgleich jeder Sozialist sich darüber klar sein müßte, daß seine Zukunftvorstellungen ohne eine breite Beteiligung der Bevölkerung, die Zustimmung voraussetzt, nicht verwirklicht werden können.

Übrigens dürfte feststehen, daß wir uns mit Wegen und Möglichkeiten, die vor der Anwendung von Gewalt liegen, - wenn überhaupt - kaum so intensiv befaßt haben wie mit der nachträglichen Rechtfertigung von Gewaltanwendung. Dieses Problem aber wurde in der Erklärung des Vorstandes völlig abstrakt behandelt. Über Gewalt als ultima ratio ist hier nicht zu reden, denn wir befinden uns weder in einer - sozial gesehen - revolutionären, noch in einer - persönlich gesehen - extremen Situation.

Endlich aber scheint es mir für die Linke unmöglich und unverantwortlich, sich so undifferenziert, wie das in der Erklärung des Vorstandes des Republikanischen Clubs geschehen ist, über die moralische Seite des Gewaltproblems hinwegzusetzen.

Marianne Regensburger

Revolutionäre Moral muß produziert werden

Anmerkungen zur Gewaltdiskussion im RC-Bulletin Nr. IV -

Der Genosse Brecht hat einmal gesagt: "Eine Aussage oder Darstellung ist dann eine Wahrheit, wenn sie eine Voraussage gestattet. Bei dieser Voraussage muß aber der Aussagende als Handelnder auftreten. Er muß auftreten als einer, der für das Zustandekommen des Vorausgesagten nötig ist."

Fragen wir also danach, welche Voraussagen die Kritiker von Solveig Ehrler machen und wie sie als Handelnde auftreten, was sie zur Frage der Veränderung sagen. Denn wir brauchen nicht irgendwelche Vorstellungen, sondern praktisch verwertbares Wissen.

Leider berichten die Kritiker zwar sehr vieles über sich selbst, sagen aber wenig zur Sache. Zunächst einmal sind alle betroffen: Solveig Ehrler habe sie "diffamiert". Ihre bloß "abweichenden Meinungen" hätten solidarisch kritisiert werden sollen. Wie das, frage ich mich, wenn die bloß "abweichende" Meinung auf dem Umweg über die öffentliche Distanzierung bereits zur feindlichen Meinung geworden ist? Hat sich Schütz so ganz umsonst gefreut über den (zum x-ten Mal angekündigten) Differenzierungsprozeß in der "APO"? Daß sich alle so betroffen fühlen, obgleich Solveig Ehrler sich doch k l a r gegen jene ausgesprochen hat, die "sich in der und durch die Öffentlichkeit" d i s t a n z i e r t e n (nachzulesen im RC-Bulletin III), ist seltsam genug. Seltsam ist auch, daß niemand auf dieses Problem der Distanzierung eingehen will, es sei denn mit der Floskel, was man verstehe, müsse man nicht unbedingt rechtfertigen.

Aber es wird noch seltsamer: da ist der Anlaß der Demonstration mit einem Mal nur noch ein "Ehrengerichtsverfahren" (nicht etwa die Existenzbedrohung von Horst Mahler und seiner aktuellen und potentiellen Mandanten) und außerdem sind bisher ja nur "sehr wenige mit Gefängnis bestraft worden", wogegen "relativ häufig ... es auch zu Freisprüchen" kommt (dies "unter uns gesagt"). Um einen Vorwurf gleich vorweg zu begegnen: Solche Sätze m u ß man isolieren, um sie zu verstehen; weil sie außerhalb ihres 'Zusammenhanges' wirken, nämlich als Beruhigung durch sogenannten Realismus.

Halten wir fest, daß die Reaktion auf Solveig Ehrler's Thesen nicht durch moralische Argumentation abgesichert wird, sondern (mit wenigen Ausnahmen) durch 'Realismus' und T a k t i k : Die BRD sei nicht Frankreich; "Revolution verlangt ein revolutionäres Bewußtsein"; gewisse Erkenntnisse kann man "auch am Schreibtisch" gewinnen, ohne das Risiko von Verletzten "und i n Z u k u n f t sogar von Toten" einzugehen; es sei taktisch falsch, eine Eskalation von der APO-Seite zu erzwingen etc

Was will uns dieser 'Realismus' sagen? Die Verhältnisse sind nicht revolutionär und werden es auch in absehbarer Zeit nicht sein. Müssen wir aber nicht, um als Handelnde zu reden, fragen, w i e werden die Verhältnisse revolutionär und w a s können wir dazu tun? Die Kritiker sagen: Erst, wenn wir " m ä c h t i g g e n u g " sind, um bestehende Machtverhältnisse zumindest zu erschüttern, ist Gewalt sinnvoll. Oder: Niemand werde mehr über Gewalt reden, wenn "die Polizei beispielsweise einen Massenstreik oder eine Großdemonstration mit über hunderttausend Teilnehmern verhindern wollte". Genossen Kritiker, wie werden wir mächtig genug? Eure Aussagen lassen offen, was Ihr tun wollt. Ihr malt eine sichere Zukunft an die Wand, entweder negativ in Gestalt kommender Toter oder positiv in Gestalt kommender

Massenstreiks oder des kommenden revolutionären Bewußtseins. Ihr fehlt aber völlig. Was ich finde, sind "kritische Beilagen" zu Springer-Zeitungen, einen "man", der "Sachverhalte konsequent durchdenkt" (und zwar bis zum Ende!), der "Bewußtsein auf andere (welche?) Weise verändert", oder gar einen, der "nicht mehr diskutiert ..., sondern die ewig Selbstgerechten und wahrhaftig Mutigen unter sich" läßt; schließlich einen, der sich "immer noch" irgendwo "auf dem langen Marsch durch die Institutionen" befindet. Und da ist noch einer, der wenigstens u n s einen Rat gibt, nämlich in die Betriebe zu gehen (ich hätte gerne gehört, was e r in den Betrieben macht, um der Arbeiterschaft einen anderen "Anschauungsunterricht" zu erteilen. Ob die Arbeiterschaft in Deutschland nämlich in der Vergangenheit beweisen konnte, daß sie weiß, wann Steine zu werfen sind, ist mir ziemlich unklar. Es soll noch heute Arbeiter geben, die "immer noch" darauf warten, daß sie zum Schutz der Republik gegen Hitler oder Papen-Staatsstreich zum K a m p f aufgerufen werden.)

Übrig geblieben ist daneben eine zur Leerformel erstarrte Taktik, deren einziger Inhalt das "Bewußtsein" einer schimärenhaften "Basis" ist. Daß die Bewegung gespalten sei, "bedarf ... nach den Diskussionen der letzten Tage keiner Begründung". Frage: Was haben die Kritiker getan, um die Spaltung zu v e r h i n d e r n ? Ihre Argumentation verläuft nämlich im Kreise: genau das, was verändert oder das, was verhindert werden soll, wird zum Kriterium der Wahrheit.

Dabei wird von einem gemeinsamen Ziel ausgegangen: der reovultionären Gewalt "in fernen Tagen". Zwischen der Gegenwart und jener Zukunft stehen aber "die besseren Waffen" der Polizei oder gar der einzelne Polizist selbst: ihn in die Flucht zu schlagen, sei ein "bißchen billig", da dieser ("genau wie unsereiner") "arme Hund" einerseits von mangelndem Intelligenzquotient, andererseits mit "harmlosen Instrumenten" ausgestattet sei, denke man an Pflastersteine und Bauschutt.

Revolutionäre haben aber nicht an Schlagstöcke zu denken, sondern an die Pistolen (Maschinengewehre, Panzer etc.), die d a n a c h kommen. Was die Aussagen über die Polizei wirklich bedeuten, wird einem nämlich klar erst durch die inhaltlich komplementären Aussagen über die "unpolitischen Rowdies", die Aggressionen, die "unpolitischen Aktionen, die der Triebbefriedigung dienen", die "Märtyrer" oder die sogenannten Psycho-Motive. In der Abwehr von "bloß psychischem" offenbart sich noch immer die Affinität der Kritiker zu dem, was da negiert wird, nämlich der A g g r e s s i o n . Wehrt man sich gegen die manifeste, so hat man selbst schwer an der eigenen verdrängten zu leiden, man hat A n g s t .

Um nicht mißverstanden zu werden, die Angst hat ihr gutes, aber relatives R e c h t . Demjenigen, der da meinte, man müsse endlich lernen, einem Polizisten auch aus nächster Nähe einen Stein an den Kopf zu werfen, muß gesagt werden, daß die moralischen Hemmungen, dies nicht zu tun, ihren humanen Kern haben, den auch der Revolutionär nicht ungestraft aufgeben darf. Andererseits muß derjenige, der nicht sieht, daß es uns eines Tages ein "bißchen teuer" zu stehen kommt, wenn wir die "armen Hunde" nicht in die Flucht schlagen, und zwar möglichst bevor sie die Pistolen, Maschinengewehre etc. in Aktion setzen, seine Angst r e c h t z e i t i g zu überwinden. In der "fernen Zukunft" bleiben ihm sonst nur die beiden Alternativen der

Verzweiflung: Resignation oder b l i n d e Gewalt.

Denn der fundamentale Fehler der Krikter ist, daß sie gerade das moralische Problem revolutionärer Gewalt u n t e r s c h ä t z e n. Moral ist nämlich als revolutionäre keine der Gesinnung, sondern ist eine Frage des Könnens, sie muß p r o d u z i e r t werden, man muß sie im Kampf erst erlernen. Und nur der kollektive Kampf ist die Ebene, in der individuelle Aggressivität politische Dimension und strategische Ausrichtung erhalten kann. Anderenfalls verewigt man die "kulturellen" Leistungen der repressiven Gesellschaft, die jene der Möglichkeit nach revolutionären Aggressionen in "sinnvoller" Tätigkeit gebunden hat (z. Beispiel in konsequentem Denken, dem kein konsequentes Handeln entspricht). Um überhaupt zu lernen, wie revolutionäre Gewalt sinnvoll, d.h. mit kalkuliertem Risiko angewandt werden kann, müssen die Aggressionen im Kampf von ihrer entfremdeten Gewalt des individuellen Terrors befreit werden. Die Kritiker sind ja deswegen gegen die Rockers, weil sie die Revolutionierung entfremdeter Formen der Aggressivität für unmöglich halten, sie stattdessen "kultivieren" wollen, damit jedoch geben sie zumindest theoretisch ihre eigene revolutionäre Substanz auf.

Ich stimme den Thesen von Solveig Ehrler und der Erklärung des RC-Vorstandes zu. Ich gebe zu, daß die möglichen Wirkungen auf Teile der Arbeiterschaft zunächst nicht mehr sind als b e g r ü n d e t e Vermutungen, die zu einem Teil (was übrigens schon für die brennenden Springer-Autos galt) durch empirisches Material - wie man so schön sagt - abgesichert sind. Demgegenüber haben die Kritiker bislang kein anderes Material vorzulegen als ihre p e r s ö n l i c h e n Vermutungen, die sich mit dem Globalwort Basis tarnen. Mir scheint, die Kritiker möchten selbst die Basis oder die Arbeiterschaft sein, die sie da zitieren.

Bernhard Blanke

Noch einmal: Demonstration und Gewalt

Der Kommentar Solveig Ehrlers, die sich daran anschließende Diskussion wie auch die kritisierte Aktion vor dem Landgericht spiegeln die Theorielosigkeit der verschiedenen Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition wider. Anstatt aus der Geschichte der sozialistisch-marxistischen Bewegung endlich einmal zu lernen, werden genau die gleichen Fehler wiederholt, an denen diese stets gescheitert ist: Richtungskämpfe, Diffamierung anderer Gruppen, Dogmatismus und fehlende "innerverbandliche" Demokratie, Anspruch auf die "Führungsrolle". Das trifft im allgemeinen auf die SDS-teach-ins genauso zu wie auf die Erklärungen der sich meistens nicht daran beteiligenden APO-Gruppen, die wahrscheinlich ohne innerverbandliche Diskussion von irgendwelchen Vorständen abgegeben werden - zum Beispiel auf den SHB oder, sofern man diese Partei noch zur APO rechnet, auch auf die SED-West.

Die APO hatte bei ihren Demonstrationen und Aktionen eine Basis, als nicht diese o.e. Fehler noch nicht oder noch/in diesem Maße gemacht wurden und alle APO-Gruppen an der Vorbereitung und Durchführung dieser Kundgebungen und Podiumsdiskussionen beteiligt waren. Anstatt die Schüler und Studenten, die in diesen letzten zwei Jahren wohl mehr erreichten als die DFU und die KPD in den letzten zwanzig Jahren, nun Fehler und Versäumnisse aufarbeiten und gemeinsam mit allen Sozialisten der

der älteren Generation, die zu einer konstruktiven Zusammenarbeit wirklich bereit sind, eine neue Alternative entwickeln und die dafür notwendige theoretische Arbeit leisten, resignieren sie angesichts dieser o.e. Tatsache.

Am 14.11.1968 schrieb ich in der links-unabhängigen "Anderen Zeitung": "Daß diese Demonstration im besonderen Maße emotionell gefärbt war, ist durchaus erklärlich. Die demonstrierenden Jugendlichen haben ja in den letzten Jahren erlebt, wie ihre Argumente mit Zwangsmaßnahmen beantwortet wurden, mit Polizeieinsätzen bei den Anti-Springer-Aktionen, mit Schüssen auf Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke, mit Strafprozessen wegen Beteiligung an Protestdemonstrationen, mit fristlosen Kündigungen junger Arbeiter wegen Tragens von Meinungsknöpfen, mit verwaltungsgerichtlichen Verfahren gegen Studentenvertretungen, die das politische Mandat beanspruchen. Zu kritisieren ist aber, daß anarchistische Gruppen zunehmend die Aktionen beeinflussen und groteskerweise am Abend des 4. November im Audimax der TU von einem "psychologischen Sieg" sprachen, weil es ihnen gelungen war, sich zeitweise gegen die Polizei durchzusetzen. Bedenken diese Gruppen überhaupt noch, in welchem Verhältnis ihre derzeitigen Aktionen zur Resonanz der Öffentlichkeit stehen? Daß die Verständigungsschwierigkeiten zwischen APO und Öffentlichkeit zugenommen haben, ist keinesfalls Schuld der Studenten- und Schülergruppen. Es ist aber falsch, ja konterrevolutionär, offensive Kampfdemonstrationen zu unternehmen. ... In der gegenwärtigen Situation müssen solche Aktionen, ebenso wie der Plan des Anarchisten Christian Semmler, ein Warenhaus zu stürmen und Konsumgüter auf der Straße zu verteilen systemstabilisierend wirken. Deshalb hat sich der SHB distanziert. Auch die Meinung im SDS ist sehr geteilt. So sagte der SDS-Sprecher Tillman Fichter, daß man für jeden Stein, den man wirft, vorher einmal das KAPITAL von Karl Marx lesen sollte.

Die "Rockers" sind ein Produkt der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Man muß mit ihnen gemeinsam das anarchistische Stadium überwinden. Die marxistischen Gruppen in der APO sollten mit guten Argumenten und Vorschlägen in die Auseinandersetzung mit den noch-anarchistischen Gruppen gehen und es nicht nur beim Formulieren einer Erklärung belassen, wie es in Berlin der SHB unlängst getan hat."

Die konstruktive Kritik, die eigentlich nahezu alle progressiven APO-Gruppen an der KPD oder, wie sie jetzt heißt, der DKP üben, ist nach meiner Ansicht durchaus berechtigt und die marxistischen Analysen der sozialistischen Schüler und Studenten sind im allgemeinen zutreffend. Ich frage mich aber, warum nicht im RC allgemein diese wichtigen Analysen und Erkenntnisse vermittelt werden, warum nicht die Sozialistische Bildungsgemeinschaft weitere Seminare für marxistische Theorie organisiert, die den interessierten Jugendlichen zugänglich gemacht werden sollten, denn nur die Einheit zwischen Theorie und Praxis ist die Garantie dafür, daß möglichst wenig Fehler gemacht werden.

Während im RC und auch in einigen anderen Organisationen und Gruppen der APO oft die Ansicht zu hören ist, daß nichts erreicht wurde, dann darf man u.a. nur darauf hinweisen, daß nicht nur in einer Reihe von Ländern der BRD, unter anderem in Bayern (man lese das Haushamer Manifest der JuSos), Hessen und Schleswig-Holstein (man prüfe das neue

Parteistatut und die "Wahlplattform" Steffens), viele Ortsausschüsse der SPD und seit einiger Zeit sehr starke Gruppen der Jungsozialisten und Falken sich wieder auf Marx besinnen, sondern auch neben den Bezirksorganisationen einzelner Fachgewerkschaften, die ebenfalls Mut bekommen haben und konsequent sozialistische Politik machen wollen, vor allem aber in den Jugendorganisationen, wie die "Naturfreunde ", dem "Bund deutscher Pfadfinder", der Evangelischen Jugend und selbst bei den Katholischen Pfadfindern ein starker Linksruck zu verzeichnen ist. Und das wäre kaum ohne die Schüler- und Studentendemonstrationen möglich gewesen. Aufgrund des rein defensiven Charakters der bisherigen Demonstrationen wurden die Brutalität der Polizei und damit des Systems der Öffentlichkeit vermittelt und nur deshalb solidarisierten sich zahllose Jugendliche mit der APO. Und genau das war nur möglich, weil die liberale Presse relativ objektiv berichtet hat. Ich meine, daß die APO nur dann eine Chance hat, solange sich die Währungskrise nicht zu einer akuten Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, wenn sie diese defensive Taktik weiter anwendet. Da vom RC noch keine nennenswerten Demonstrationen und Aktionen ausgegangen sind, sollte hier die theoretische Arbeit geleistet werden unter Einbeziehung aller Gruppen, die an einer Mitarbeit an der Winterkampagne, die bei angestrengter Arbeit zumindest in Ansätzen dieses neue Konzept erarbeiten könnte, wirklich ernsthaft interessiert sind. Ohne die Einrichtung weiterer marxistischer Seminare für interessierte Jugendliche, die den Anschluß an die ideologisch fundierten Gruppen erst herstellen wollen, kann diese Winterkampagne zu keinem Ergebnis führen, denn die wichtigste Zielgruppe, die für die APO nach wie vor ansprechbar ist, ist und bleibt die Jugend.

Peter van Spell

Stellungnahme der Westberliner Verständigungshilfe (CFD) und des Solidaritätskreises christlicher Helfer der APO Westberlins zur Diskussion über die Fragen der Gewalt und Gewaltanwendung anläßlich der Demonstration vom 4. November 1968 vor dem Landgericht am Tegeler Weg

---

1. Zur Form der Auseinandersetzung

Abgesehen von allen inhaltlichen Beurteilungen von Theorie und Parxis "militanter Demonstrationen" sei darauf hingewiesen, daß erstes Gebot aller APO-Haltungen das Prinzip Solidarität zu sein hat. Deshalb dürfen Kritiken keinesfalls in Form äußerer "Distanzierungen"bekanntgegeben werden, bevor interne APO-Beratungen stattfanden, wie es diesmal mehrfach geschehen ist. Noch bedenklicher wird Mangel an APO-Solidarität, wenn er außer zu vorschneller "persönlicher" Beurteilungsverkündung zur Schaffung störender oder spaltender Faktoren und damit möglicherweise irreversibler vollendeter Tatsachen führt. Wer erklärt, die APO-Solidarität sei am 4. November in einem Steinhagel zerbrochen, nimmt damit verbal ein Ergebnis vorweg, dessen Gültigkeit erst in gemeinsamer APO-Diskussion zu prüfen wäre. - Unsere Kritik an entsprechenden vorschnellen Verallgemeinerungen, die im Grunde mindestens zum Teil ein Element der kritisierten Aktion des 4. November selbst enthalten, nämlich das usurpatorische Moment eines isoliert handelnden hektischen "Aktionismus", verbindet sich mit dem Vorschlag an die "Täter" des 4. November und ihre an die Öffentlichkeit getretenen vorschnellen Kritiker aus den Reihen der APO, sich gegenseitig "Amnestie" zu gewähren und auf dem bewährten Boden der APO-Solidarität, wie sie seit

dem 2. Juni 1967 besteht, wieder unter Respektierung historischer und ideologischer Differenzierungen aller beteiligten Gruppen und Personen zusammenzufinden und von Fall zu Fall gemeinsam für ein friedlich-progressives Westberlin zu handeln, d.h. auch, bei wichtigen Anlässen gemeinsam in der Öffentlichkeit aufzutreten. Es wäre ein Fehler, jetzt gewisse Teile der APO unter Ausschluß der übrigen zu einem "neuen Bündnis" verbal zusammenzudeklarieren. Der Spaltpilz würde solch ein Bündnis, von dem bessere Einwirkungsmöglichkeiten auf das Establishment erwartet werden, ebensowenig verschonen wie alle die Gruppen in der Geschichte der demokratischen Emanzipations- und Fortschrittsbewegungen, die ihre "Wirksamkeit" durch Anpassung an das abgelehnte Bestehende, d.h. auf Kosten der Solidarität mit der Gesamtheit der jeweiligen Oppositionsbewegung, zu erhöhen versuchten. -
Die nahe Zukunft unserer von oben her zunehmend verunsicherten Stadt Westberlin gebietet jetzt, gemeinsam gegen das Stattfinden eines bundesdeutschen Staatsektes auf Westberliner Boden Stellung zu nehmen. Wer statt dessen um "Positionsverbesserungen" partikulärer Gruppen innerhalb der APO bemüht ist, versäumt oder mißachtet eine der Hauptaufgaben der APO Westberlins, nämlich Voraussetzungen zu schaffen für einen Friedens-Status der Stadt, der die Bewältigung der Vergangenheiten von 1933 - 45 und von 1948 - 68 (Kalter Krieg, Antikommunismus) endlich praktisch in Angriff zu nehmen ermöglichen würde.

2. <u>Zum Inhalt der Auseinandersetzung</u>

Den bürgerlichen Emanzipations- und Fortschrittsvertretern der deutschen Revolutionszeit von 1848/50 war die Forderung nach Demokratisierung aller konstitutionellen Gewalten noch selbstverständlich. Neben der legislativen und richterlichen Gewalt wollten sie auch die exekutive, darunter die militärische, in Form allgemeiner Volksbewaffung demokratisieren. Die Tatsache, daß die Schweizer Wehrpflichtigen ihre Waffen zu Hause haben und aufbewahren, ist davon noch ein ritueller Abglanz. Nach praktischer Schleifung der wenigsten im Ansatz demokratisch gemeinten preußischen Landwehr durch Bismarck und Roon, nach dem Sieg von "Blut und Eisen" über die Demokratie, nach dem Kompromiß von 1866/71, der der feudal-bürokratischen Staatsspitze die exekutive, insbesondere polizeiliche und militärische Gewalt, dem liberalen und kaum noch demokratischen Bürgertum aber nur die Wirtschaft, die Börse und die erste Hälfte der erzielten Profite überließ, gewöhnte sich das deutsche Volk auch in seinen progressiven Teilen so weit an diese Trennung der Gesellschaft in Träger der Gewalt und Inhaber der gesetzlich definierten Gewaltlosigkeit, daß ein geradezu normativer Verinnerlichungszustand dieser Frontlinie des innergesellschaftlichen Interessenkampfes (Klassenkampfes) eintrat.

Diesen Zustand will jetzt die Theorie der absoluten, apriorischen Gewaltlosigkeit ideologisieren und im Zustand reflektierter innerer Bejahung individuell wie gesellschaftlich verankern; dabei aber läßt sie außer Beachtung, daß der Abonnementsstatus der Gewaltlosigkeit eines Partners den repressiven und mit Gewaltmitteln und Gewaltrechten ausgestatteten herrschenden Sozialpartner zu Leichtfertigkeit und Mangel an Besonnenheit verleiten kann und meistens auch verleiten wird. Das selbst nur symbolische Risiko eigener Gewalterfahrung wird die Spitzen des Establishments zu Besonnenheit, Studium der Sozialsituation und anderen Lernprozessen anregen, die

selbst bei anfänglich nur "technischer" und nicht politisch-inhaltlicher Berücksichtigung des bisher unterdrückten Sozialpartners (im formalen Sinne) eine Öffnung der Gesamtsituation durch Verunsicherung der etablierten Verunsicherer bedeuten. Eine Proklamation "ewiger" und "universeller" Gewaltlosigkeit ist darum ebenso ineffektiv wie eine Festlegung auf permanente "Militanz" der Aktionen. Symbolische Lehrstücke, die an den bestehenden Machtverhältnissen real nichts verändern, sie aber kollektiv-subjektiv verdeutlichen, wie eben etwa der 21. August oder der 4. November, haben mit ihrer Warn- und Stop-Funktion einen trotz aller momentanen Rückschläge positiven, insbesondere friedensfördernden Gesamtakzent. Die ruhige Entwicklung nach dem 27. August in der CSSR und der friedliche Verlauf der Westberliner Vietnam-Demonstration vom 9. November - ganz abgesehen von ihren verschiedenen Aussagen - illustrieren das; dabei sind die Machtverhältnisse vor und nach den genannten Daten gleich geblieben: Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt einerseits, Dominanz des Verwaltungs- und Polizeiapparates des Senats andererseits. - Darum bleibt unsere Parole: S C H R I T T W E I S E D E M O K R A T I S I E R U N G A L L E R G E W A L T E N .

(Hinweis: Siehe im einzelnen unsere Broschüre "Frieden für Westberlin, These 5)

C. F. D.

Fast alle Beiträge zum Artikel von Solveig Ehrler und zur Vorstands-Erklärung haben folgende Mängel, die mir entscheidend scheinen für die Frage, w i e denn diskutiert wird und w a r u m man sich so und nicht anders äußert:

- anstandslos werden die Berichte über die Demonstration akzeptiert - egal, ob sie im SPIEGEL, in der ZEIT oder anderswo standen, obwohl diese Berichte zum Teil ganz erheblich falsche Darstellungen enthalten (ich komme darauf zurück);
- ohne die geringsten Bedenken werden die verschiedenen Äußerungen während der TU-Veranstaltung v o r der Demonstration auf diese selbst angewandt, und ähnlich wird die TU-Versammlung n a c h der Demonstration überbewertet;
- unwidersprochen läßt man die verschiedenen Deutungen des Demonstrantenverhaltens, obwohl sie sich teilweise widersprechen;
- niemand diskutiert ernsthaft die Motive der Demonstranten, ausgerechnet unter diesen wirklich nicht günstigen Verhältnissen solche Gewalt anzuwenden.

Allein diese vier Punkte machen es meiner Ansicht nach notwendig, Demonstration und Diskussion noch einmal und genauer zu betrachten.

Der EXTRA-DIENST fand, die "seriöse" Presse habe "weitgehend zutreffend berichtet". Das ist falsch. Wesentlich war die erste Stunde - und dieser Zeitabschnitt wird einfach unrichtig beschrieben, sowohl in SPIEGEL und ZEIT als auch in TAGESSPIEGEL und ABEND, von B.Z. und MORGENPOST ganz zu schweigen. Kurz die Korrekturen: Wenn überhaupt - was ich sehr stark bezweifle - wurden von den anfangs sicherlich nicht 1.000 Demonstranten beim "Durchbrechen" der Polizeisperre Steine nur äußerst selten geworfen; bis zum nahe-

zu unmittelbar daraufhin und ohne Vorwarnung folgenden Wasserwerfer-Einsatz also warf praktisch niemand. Von einem "Einsatz" der Rocker merkte das "Gros" der Demonstranten ebenfalls nichts.

Erst als die Demonstranten sich zur ersten Kreuzung in Richtung Mierendorffplatz zurückgezogen hatten, gelang es ihnen, sich wieder etwas zu sammeln und damit den Verkehr zu blockieren. Hinter einem Doppelstockbus mußte dann auch der LKW mit den Steinen halten - und erst in diesen Augenblick, ca. eine Viertelstunde nach der ersten Konfrontation mit der Polizei, flogen viele Steine: gegen den Wasserwerfer, der diese Kreuzung erreicht hatte. Hier zog sich die Polizei dann etwas zurück, Tränengas trieb auf die Demonstranten zu (n i c h t auf die Polizei!), der Wasserwerfer bog schließlich in die - von den Demonstranten her betrachtet - rechte Seitenstraße ein; niemand hatte bis dahin Gelegenheit gehabt, ihn zu stürmen. Vereinzelt wurden PKWs auf die Straße gestellt; es ist aber ein lächerlicher Euphemismus, von "Barrikaden" zu schreiben.

Der weitere, vor allem durch Tränengas veranlaßte Rückzug bis zum Mierendorffplatz verlief sehr ungeordnet; die in diesen Minuten eingesetzte berittene Polizei trug sehr stark dazu bei. Gerade sie ließ am Mierendorffplatz viele wieder zu Steinen greifen; erst dort habe ich aufgebrochene Gehwege sehen können. Hier verschärfte sich die Situation aber auch erst so, daß bewußt auf Polizisten geworfen wurde. Während sehr viele vorher dagegen waren, führte der Bericht, ein Polizist habe eine Demonstrantin zusammengeritten, . bei vielen zu heller Wut.

Soweit die "facts", zumindest der ersten 40 Minuten. Damit aber auch zu der verbreiteten Ansicht, die "Beschlüsse" der TU-Veranstaltung vom 1. November seien für den 4. irgendwie verbindlich gewesen. Ich halte auch das für falsch. Viele Demonstranten waren gar nicht in der TU gewesen. Die meisten waren sich zudem darüber im Klaren, daß das Landgericht wohl kaum gestürmt werden könnte, und wollten lediglich davor demonstrieren. Von einer festen "Kampfgruppe", die noch dazu agitiert hätte, keine Spur; ein Flugblatt gab lediglich Hinweise auf die Ärzte, den Ermittlungsausschuß in der TU und für das Verhalten nach einer Festnahme. Auffällig war nur ein Satz, der vom "Fraternisieren" abriet.

Auch während der Demonstration: niemand, der "Stimmung" gemacht hätte; schon gar nicht während des Angriffs der Polizei. Viele von denen, die anfangs "ganz vorn" gewesen waren, gingen völlig durchnäßt nach einer Stunde nach Hause, und erst dann hatten die Übrigen, durch Hinzukommende verstärkt, gelernt, daß die Polizei vor Steinen ebenso viel Angst hatte wie wir vor Reitern und Gummiknüppeln.

Das aber heißt, daß Wilfried Gottschalch mit seiner These von der Notwehr der Demonstranten der Wirklichkeit der bestimmenden ersten Stunde am nächsten kommt; "bewußter Kampf" oder gar "Klassenkampf" war das wirklich n i c h t .

Das führt zu den beiden letzten, eingangs genannten Punkten: Bewußtsein und Gründe der Demonstranten.

Ich möchte die These aufstellen, daß der 4. November wie jede vorherige Demonstration begann und weitgehend auch verlief. Der LKW mit den Steinen war tatsächlich ein Zufall; niemand hat von Anfang an daran

gedacht, Steine zu benutzen - denn die Möglichkeit, sie zu "besorgen", war eben schon am Anfang gegeben, als wiederholt LKWs mit Steinen über den Mierendorffplatz an uns vorbeifuhren. Es wäre sehr leicht gewesen, einen der LKWs zu stoppen - wenn wir überhaupt gewollt hätten.

Im Ansatz also war die Demonstration friedlich; der Übergang von nach und nach zunehmendem Werfen Einzelner und kleiner Grüppchen auf die Wasserwerfer bis zum Werfen auf (vor allem berittene) Polizisten war fließend und oft rückläufig. Zur Härte gegen Ende der Konfrontation hat die Polizei ebenso beigetragen wie die Demonstranten, das heißt: von einem bestimmten Augenblick an war die bekannte Eskalationssituation gegeben - und auch die Schuld daran, daß niemand diesen Ablauf zu stoppen versuchte, ist sehr gleichmäßig auf beide "Parteien" verteilt, wenn man nicht ohnehin fragen will,warum die Polizei die wenigen Demonstranten sich nicht vor dem Gericht hat "totlaufen" lassen, sondern sofort, ungewohnt unvermittelt Wasserwerfer einsetzte. Ich bin überzeugt, daß die "Uneinnehmbarkeit" des Gebäudes sehr schnell allen klargeworden wäre. Durch die bisherigen Berichte wird eine Polizei-Defensive konstruiert, die es nur für einen ganz kurzen Augenblick gab.

Noch eine Schlußbemerkung zu den Motiven der Demonstranten: bezeichnend war das Fehlen der sogenannten "Spitzen" der APO - vorher, bei der Demonstration und nachher. (Semmler war da eine Ausnahme!) Polemisch gefragt: wer hat denn da wirklich demonstriert? Ebenso geantwortet: diejenigen, die jeder von früheren Demonstrationen her vom Sehen kennt. Diejenigen, die im jeweiligen AudiMax sich ihre Frustration als background zu den Reden der späteren Distanzierer losjubeln sollen. Mit einem Wort: die "Massenbasis", vor allem die studentische. - Es hat sich gezeigt, daß die "Anführer" überflüssig waren, es wäre weder besser noch schlechter verlaufen - und die wissen es auch. Kadritzke und Landsberg zum Beispiel haben diese neue Situation auch entsprechend quittiert. Charakteristisch ist vielmehr, daß einen Augenblick lang diejenigen, die exemplarisch die spezielle Repression innerhalb der APO erfahren hatten, Einfluß ausüben konnten: die Kommunarden. Ebenso wie das Entstehen des "Aktionsrats zur Befreiung der Frauen" scheint der 4. November ein Anzeichen dafür zu sein, daß sich ein neues Verständnis von "Selbst-Bestimmung" herausbildet, und die nächste Folge ist, daß keiner mehr deren nächste Versuche einer Artikulation wird lenken können. Die latente neue Radikalität hat denn auch bei den "Alten" wie Buchholz und zum Teil Gollwitzer, Fabian und Gottschalch ein rückwärtsgewandtes Wunschdenken ("Organisation! Nehmt Rücksicht auf die Massenbasis!"), bei den "Jungen" und "Neuen", eben Antiautoritären (SDS, RC-Vorstand, Solveig Ehrler) teilweise einen vorwärtsgewandten Zweckoptimismus wach werden lassen.
On verra.

Matthias Pfüller

I. Formales

1. Der Clubvorstand handelte autoritär, als er eine Stellungnahme zu den Aktionen vor dem Landgericht abgab, ohne vorher mit der Mitgliedschaft darüber zu diskutieren. Von der Notwendigkeit unverzüglichen Handelns konnte keine Rede sein, denn die Stellungnahme erschien erst zwei Wochen nach der Aktion. Die Verselbständi-

gung von Vorständen, die wir in den etablierten Parteien als Indiz für undemokratische Organisation verzeichnen, muß auch im Republikanischen Club eine äußerst bedauerliche Entfremdung zwischen Mitgliedschaft und gewählten Sprechern zur Folge haben.

2. Der Vorstand wird durch seine Wahl nicht auf eine qualitativ höhere Ebene intellektueller Dignität angehoben, von der aus er auf die Mitgliedschaft herabdozieren könnte. Die Erkenntnisse, daß das Gewaltproblem nicht abstrakt diskutiert werden kann und daß Militanz bzw. Gewaltlosigkeit nur Elemente innerhalb einer Strategie zur gesellschaftlichen Veränderung darstellen, sind altbekannt und in den Stellungnahmen durchaus beachtet worden. Die permanente Wiederholung bekannter Grundweisheiten trägt zur Lösung strategischer Probleme nichts bei und wirkt lediglich arrogant.

3. Polemik ist legitim, wenn sie Argumente zuspitzt. Polemik, die dies nicht leistet, ist schlecht. Schlechte Polemik unter Genossen ist ein Zeichen eigener Unsicherheit; fällt sie aggressiv aus, ist sie ein Merkmal der autoritären Persönlichkeit, die sich durch ein argumentum ad personam eine ungerechtfertigte Vorgabe in der Sachdiskussion verschaffen will.

4. Die Forderung des Vorstandes, die Aktion vom Montag sei im nachhinein als Teil des Klassenkampfes zu vermitteln, ist unsinnig, denn eine Diskussion hätte ja erst zu erweisen, ob diese Aktion als Beitrag zum Klassenkampf überhaupt anzuerkennen ist. Ist mit der Forderung des Vorstandes gemeint, die Außerparlamentarische Opposition habe jeweils das beste aus einer Situation zu machen, so stellt sich immer noch die Frage, ob harte Selbstkritik nicht in diesem Falle das Beste wäre. Meint die Forderung des Vorstandes jedoch, daß die APO sich hinter jedwede Aktion von APO-Mitgliedern zu stellen hätte, nur weil dieselben stattgefunden habe, so läuft das auf Tabuisierung von Selbstkritik und auf strukturelle Verhinderung jeder Fehleranalyse hinaus, die weder im Namen von Solidarität noch erst im Namen von Rationalität zu rechtfertigen ist. Wer Selbstkritik - auch durch Verweis auf den Buhmann bürgerliche Presse - verhindern will, fällt in einen traditionellen Autoritarismus zurück, in dem statt der Apparatschiks aktionistische Gruppen durch vollendete Tatsachen die politische Richtung bestimmen.

Auf jene aber, die ex post Theorien (Rationalisierungen) für Aktionen liefern, die sie selbst für nicht ausdiskutiert halten, schlägt der Vorwurf, sie handelten aus Schreibtischperspektive, in dem viel bedenklicheren Sinne zurück, daß sie sich theoretische Begründungszusammenhänge nur von der Macht des Faktischen vorschreiben lassen.

II. Inhaltliches

Zur Rechtfertigung der Aktion wurde seitens des Clubvorstandes im wesentlichen folgendes vorgetragen:

1. Die Gewaltaktion sei eine Befreiung vom Trauma des 2. Juni (Ehrler)
2. Die Aktion sei schon deshalb ein Fortschritt, weil sie wie geplant durchgeführt wurde, wenn auch erfolglos (Vorstand)
3. Für die Adressaten unserer politischen Bemühungen um Aufklärung über die Notwendigkeit des Klassenkampfes (Arbeiter u.a.) sei
   a) exemplifiziert worden, daß es eine Perspektive zur gewaltsamen Veränderung ihrer Situation gebe (sog. Lehrstück-Theorie)
   b) endlich die Möglichkeit gegeben, sich mit dem Stärkeren zu identifizieren.

Dazu:

1. Diese Behauptung müßte verständlich gemacht werden. Besteht das Trauma vom 2. Juni lediglich in der individuellen Erfahrung polizeilicher Gewalt oder nicht auch in der politischen Erfahrung eines Exempels repressiver Gesellschaft? Kann demnach die Befreiung vom individuellen Trauma des 2. Juni schon etwas zur Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen des 2. Juni beitragen? Ist also die Erfahrung der Unterdrückung des Individuums schon bewältigt, wenn man einen Polizisten verletzt? Beweist nicht derjenige, der sein Emanzipationsbedürfnis mit gelegentlichen Steinwürfen oder anderen kurzfristigen Unternehmungen einlösen kann, daß er nicht bereit ist, seine individual-psychologischen Probleme als gesellschaftliche zu zu erkennen, die nur durch gesellschaftliche Veränderungen zu lösen sind? So zynisch es wäre, die psychologischen Probleme der APO-Mitglieder und ihren Zusammenhang mit fehlenden politischen Erfolgserlebnissen zu vergessen, so kurzsichtig und letztlich unpolitisch wäre es allerdings, die mögliche psychotherapeutische Funktion einer Demonstration auf Kosten ihrer politisch-strategischen Funktion überzubewerten.

2. Wer die Durchführung eines Planes schon als Erfolg wertet, drückt sich um die Diskussion, ob der Plan selbst erfolgversprechend war. Ein derart kurzschließendes Erfolgskriterium erweist seine Absurdität schon dadurch, daß lediglich die subjektiven Bemühungen der Demonstranten, nicht aber die zugegebene objektive Erfolglosigkeit der Aktion in die Rechnung eingeht.

3. Die Voraussetzung eines erfolgreichen Lehrstücks wäre erst zu untersuchen. Dem Publikum konnte nämlich durch die Aktion nicht bewiesen werden, daß die Polizei zu besiegen ist, sondern lediglich, daß die Polizei nicht gut genug ausgerüstet und eingesetzt wurde, um zu verhindern, daß ihre eigene Verletztenliste größer war als die der Demonstranten.

   Gegen die Lehrstück-Theorie sprechen zunächst zwei Argumente:

   a) Der Klassenkampf in der BRD ist nicht deshalb so schwierig, weil "die Arbeiter" Gewalt ablehnen, sondern weil sie kein Bewußtsein um ihre Unterdrückung und Ausbeutung entwickeln können und deshalb auch nicht zum Kampf für eine sozialistische Gesellschaft motiviert sind. Jede Theorie von der bewußtseinsbildenden Funktion von Aktionen (so insbesondere bei Rosa Luxemburg) geht davon aus, daß sozialistisches Bewußtsein durch Aktionen nicht begründet werden kann, sondern sich in Aktionen auszuformen und zu schärfen hat. Eine Bewußtwerdung über die Mittel des Kampfes (Möglichkeit der Gewalt) kann durch Aktionen nur dann vermittelt werden, wenn sie mit inhaltlicher Aufklärung über die eigene Situation und die Notwendigkeit des Klassenkampfes zumindest einhergeht. Wer davon ausgeht, daß das Kreuz linker Politik die Bewußtlosigkeit der Massen ist, kann sich von einer vorschnellen Eskalation der Mittel linker Aktionen keine Lehr-Erfolge versprechen.

   b) Wird der Erfolg im Exemplarischen gesehen, so müßte ein Lehrstück im Erlebnisbereich desjenigen stattfinden, der daraus lernen soll; oder zumindest eine Nachahmung des Erfolges deutlich ablesbar nahelegen. Uns erscheint als äußerst unwahrscheinlich, daß diese wichtige Voraussetzung in den Aktionen vor dem Landgericht gegeben war.

Die Lehrstück-Theorie liegt aber in diesem Falle schon deshalb schief, weil kein ursächlicher Zusammenhang zwischen Aktion und erfolgtem Freispruch gegeben war. (Im Gegenteil wußten viele Planungsstrategen schon vorher, daß höchstwahrscheinlich ein Freispruch erfolgen würde.) Gezinkte Lehrstücke sind aber schlechte Lehrstücke.

c) Äußerst bedenklich erscheint die psychologisierende Aussage über die endlich gegebene Identifizierungsmöglichkeit mit den stärkeren Demonstranten. Hier wird das Problem der Basisverbreiterung von der methodischen zur inhaltlichen Fragestellung. Wenn wir die Abhängigen und Unterdrückten aktivieren wollen, so auf Grund ihrer Einsicht in die eigene Lage und nicht auf Grund ihrer Neigung auf den Stärkeren zu setzen, die heute gerade eine Einschätzung ihrer Situation verhindert. Eine sozialistische Strategie, die mit ständigen Rückschlägen zu rechnen hat, kann nicht mit einer Mitläuferschaft arbeiten, die ihr in den entscheidenden Phasen der scheinbaren Schwäche gegenüber staatlicher Gewalt stets abhanden kommen wird. Gottschalchs Argument, wer handle, mache Fehler, könne Rückschläge erleiden, geht dann eben nicht mit dem Mitläufer-Kalkül zusammen. Eine Politik, die gerade die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen zum Ziel hat, muß sich sehr gut überlegen, ob sie manipulative Solidarisierungs-Effekte der vom Vorstand gebilligten Art bei ihrer Mittelwahl zulassen kann.

d) Der Vorstand wird nicht um eine Offenlegung seiner empirischen Erkenntnisquellen herumkommen. Die "sehr vielen Anhaltspunkte", daß "viele Arbeiter" der Aktion mit Sympathie gegenüberstehen, sind für eine gründliche Diskussion äußerst wichtig, weil dann endlich auch die konterrevolutionäre Empirie-Feindlichkeit überwunden werden kann, die zum Teil im antiautoritären Lager noch anzutreffen ist. Wichtig wäre insbesondere zu diskutieren, wie man in der Außerparlamentarischen Opposition zu verläßlichen Informationen darüber kommen kann, was an der Basis geschieht und welche Reaktionen unsere Aktionen dort auslösen.

III. Aus alledem ergeben sich mehrere Fragen an den Clubvorstand. Ihre Beantwortung könnte Zweifel darüber ausräumen, ob die im BULLETIN abgedruckten Stellungnahmen gründlich durchdacht waren. Denn auch am Freitag, den 6. Dezember, sollte es nicht so sehr um die Stellungnahme von Leuten gehen, die vom Vorstand kurzerhand an den Rand der APO (und darüberhinaus) geschoben werden, sondern um die Rechtfertigung des Vorstandes, dem die Beweislast für die Sinnfälligkeit seiner Aussagen von der Mitgliedschaft nicht abgenommen werden kann.

1. Sind Anlaß und Ziel der Aktion vor dem Landgericht für uns eine Rechtfertigung der offensiven Militanz oder gar des individuellen Terrors?
2. Sind Anlaß und Ziel der Aktion in der Weise ihrer Durchführung für die politischen Adressaten vermittelbar gewesen? Welche konkreten Anhaltspunkte hat der Vorstand für seine optimistische Einschätzung in dieser Hinsicht?
3. Welchen Stellenwert hat eine Schlacht gegen die Polizei (konkret: verletzte oder tote Polizisten) im Hinblick auf die angestrebte Lehrstück-Qualität und was trägt sie zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei?

Welche Argumente sprechen dagegen,

4. daß offensive Militanz und ihre Rationalisierung führt zu
   a) Brutalisierung der APO-Methoden (individueller Terror, TU-Veran-

staltung usw.),
b) Brutalisierung der "polizeilichen Behandlung der APO" und damit erhöhte "Schlagbarkeit" in wirklich klassenkämpferischen Situationen,
c) zur Isolierung und Reduzierung der APO.

IV. Wir möchten nicht verhehlen, daß wir die derzeitige Diskussion zwar für unverzichtbar, letztlich aber für zeitverschwenderisch halten, wenn sie die gesamte Außerparlamentarische Opposition von ihren eigentlichen Problemen ablenkt, und wenn nunmehr gar formale Aktivitäten wie Abwahl ins Haus stehen sollten.

Dringender und wichtiger ist es für uns, die Diskussion darüber zu intensivieren, wie denn die "offensive soziale Strategie" der APO eigentlich aussieht; wie es um die Basisarbeit steht; welche Kampagnen möglich sind; was aus dem Kuratorium für demokratische Öffentlichkeit und aus der "Konterrevolutionskampagne" geworden ist; bestehen noch Pläne, Gegeninstitutionen zu schaffen; wie sieht es an der universitären Basis aus? Usw.

Dies sind Fragen, die zu einer nicht-resignativen Strategie-Diskussion beitragen können und die weit über eine mögliche Kritik am Clubvorstand hinauszielen. Allerdings müßten wir in einer solchen Diskussion auch über die Fetischisierung äußerlicher Erfolgskriterien hinausgelangen und die Angst vor einem möglichen Rückschlag endlich dadurch bewältigen, daß wir die Kriterien von Rückschlag und Erfolg neu zu definieren versuchen.

N. Kadritzke / K. Nevermann

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Freitagsdiskussion am 6. Dezember 1968, 20 Uhr.

Wir dokumentieren im nachstehenden die bisher nicht veröffentlichte und auf der Demonstration am 9. November 1968 akustisch schlecht vermittelte Rede von Bernd Rabehl, die uns wegen der expliciten Auseinandersetzung mit der Landgerichtsaktion besonders bedeutend erscheint:

Die notwendige Auseinandersetzung innerhalb der politischen "Sammlungsbewegung" Außerparlamentarische Opposition wird nicht nur geführt zwischen antiautoritären Anarchisten und politisch bewußten Radikaldemokraten, sondern vor allem auch über die sozialistischen Prinzipien des Klassenkampfes. Der Existenzialismus der Antiautoritären kann vielleicht den Bewußtwerdungsprozeß in der "Sammlungsbewegung" für eine längere Zeit "blockieren", fest steht jedoch, daß er durch die verschiedenen Formen seiner Revolte auch die sozialistischen Prinzipien des Klassenkampfes geprägt hat. Die Gefahr der Entpolitisierung und der Demoralisierung droht von der Seite des konservativen Sozialismus, der in seinen Parolen und in seiner Taktik die bürgerliche Gesellschaft reproduziert und für den die Strategie nur noch durch revolutionäre Phrasen bestimmt wird. Nicht die antiautoritären Mitglieder des SDS gefährden die APO, sondern die Biedermänner mit den Leninzitaten auf den Lippen und der Praxis von Grünkramhändlern. Leute, die auf die "demokratische Verfassung" des monopolkapitalistischen Staates schwören und mit den "Liberalen" und den Kirchenmännern sich zur Volksfront der "friedliebenden Kräfte" dieser Gesellschaft verbünden, auf die "List der Vernunft" hoffend, daß sich die Demokratie durch ihre unermüdliche Aufklärung in dieser Gesellschaft durchsetze, sind nicht nur Illusionisten und Gesundbeter, sondern gleichzeitig Abenteurer, weil sie die Vorbereitung auf Klassenauseinandersetzungen durch

diese Predigten verhindern und die Arbeiter und Studenten den Willkürmaßnahmen des monopolkapitalistischen Staates aussetzen.

"Es sind die Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, möge "zu weit gehen". Statt entschiedener politischer Opposition - allgemeine Vermittlung; statt des Kampfes gegen Regierung und Bourgeoisie - der Versuch, sie zu gewinnen und zu überreden; statt trotzigen Widerstands gegen Mißhandlungen von oben - demütige Unterwerfung und das Zugeständnis, man habe die Strafe verdient. Alle historisch notwendigen Konflikte werden umgedeutet in Mißverständnisse und alle Diskussionen beendigt mit der Beteuerung: in der Hauptsache sind wir ja alle einig ... Ebenso gehts mit dem Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Auf dem Papier erkennt man ihn an, weil man ihn doch nicht mehr wegleugnen kann, in der Praxis aber wird er vertuscht, verwaschen, abgeschwächt. ... Es sind dieselben Leute, die unter dem Scheine rastloser Geschäftigkeit nicht nur selbst nichts tun, sondern auch zu hindern suchen, daß überhaupt etwas geschieht als - schwatzen... dieselben Leute, die nie Reaktion sehen und dann ganz erstaunt sind, sich endlich in einer Sackgasse zu finden, wo weder Widerstand noch Flucht möglich ist; dieselben Leute, die die Geschichte in ihren engen Spießbürgerhorizont bannen wollen und über die die Geschichte jedesmal zur Tagesordnung übergeht."
(Marx, Engels an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a., London 1879, September, in MARX/ENGELS, Ausgewählte Schriften, Band II, S. 451/452).

Die "Marxisten" im volkstümlichen Aufzug von Spirituosenhändlern mögen dieses Zitat von den beiden Alten beseite schieben, denn schließlich sind 90 Jahre vergangen inzwischen. Nach den Ereignissen in Frankreich, wo die KPF als die Wach- und Schließgesellschaft des Gaullismus sich bewährte, sollten alle revolutionären Phrasen auf ihren Inhalt hin überprüft werden, um festzustellen, daß der "sozialistische" Konservatismus zur Politik des Imperialismus gehört, weil dieser ein entschiedener Ordnungsfaktor für die Klassengesellschaft innerhalb sozialistischer Gruppierungen ist.

Genossen, Freunde, Sympathisanten der Außerparlamentarischen Opposition.
Steht die APO durch die militante Demonstration vor dem Landgericht in Charlottenburg vor der Spaltung? War die Schlacht mit dem Polizeiapparat eine angemessene Form von Gegengewalt der Demonstranten oder eine "Kurzschlußhandlung", Ausdruck einer abenteuerlichen Politik einer "linken" Sekte, die die wirklichen Machtverhältnisse nicht mehr einschätzen kann und dem Glauben verfallen ist, die "Machtfrage" zu stellen, daß durch die anarchistische Propaganda der Tat eine revolutionäre Situation in Westberlin und in der Bundesrepublik geschaffen werden kann? Bedeutet Klassenkampf, daß die Arbeiter von den studentischen "Aufklärern" die Lektion der Gegengewalt an Hand solcher Demonstrationen erlernen, um dann zum Widerstand in den Betrieben gegen die kapitalistische Herrschaftsstruktur zu schreiten?

Nicht nur die SED distanzierte sich sofort von den "linken" Abenteurern, die ganze APO zeigte sich in ihrer Vielfalt der Fraktionen und Illusionen. Der alte, radikale Vorwurf war zu hören, daß diese Aktion die autoritären und faschistischen Elemente im und außerhalb des Staatsapparates mobilisiere, die sich nun daran machen könnten,

in einem Moment, wo die Opposition sich nicht konsolidiert habe und eher zerstritten sei, mit den verschiedenen Mitteln der Gewalt diese Opposition zu liquidieren. In diesem Vorwurf ist allerdings enthalten, daß die Strukturen dieser Gesellschaft auf Gewalt aufgebaut sind, daß Staatsapperat, manipulierte Öffentlichkeit, die Unternehmerverbände, Polizei und Justiz zu jeder Gelegenheit versucht haben, die Opposition mit G e w a l t zur Raison zu bringen.

Diese Solidaritätskundgebung mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes, die zudem am 50. Jahrestag der gescheiterten sozialistischen Revolution in Deutschland stattfindet, verlangt auf die antiimperialistischen Aktionen der Vergangenheit einzugehen, wobei wir es uns an dieser Stelle verkneifen müssen, auf das damalige Verhalten der Kritiker der Montagsdemonstration einzugehen, die auch die amerikanischen Frischeier am Amerikahaus für linkes Abenteurertum hielten.

Die formale Demokratie, die in Westberlin und in der Bundesrepublik qua Verfassung besteht, erlaubt zwar den formalen Protest, der aber, weil der Inhalt der Demokratie, Kontrolle der Exekutive vom Volke weder im Parlament, noch in anderen Institutionen erfolgt, die Parteien und das Parlament selbst zu Vollzugsorganen der Staatsexekutive in Interesse außerparlamentarischer Wirtschafts-u. Unternehmerverbände geworden sind, allein die Funktion hat, ein Alibi der "freien Welt" zu sein, Propaganda für eine Demokratie, die durch das Verhalten von Parteien, Staat, Justiz etc. längst vollkommen unterhöhlt ist.

Ein Protest, der nur auf Pappschildern und in "wortgewaltigen" Reden ausgetragen wird, vermochte nicht die Komplicenherrschaft des deutschen Imperialismus mit den Verbrechen der USA in Vietnam zu entlarven. Erst die "gezielte" Provokation, die Entweihung der Kultstätten, brachte den Staatsapparat zur Reaktion und diese bestand aus Gewalt. Sind die Ereignisse vor der Deutschen Oper in Berlin, die Ostertage derartig schnell vergessen worden? Diese Haltung, die demokratische Verfassung gegen die "Demokraten" verteidigen zu wollen, kann als "geschickte" Taktik für bestimmte Situationen gewertet werden, als Haltung verwischt sie jedoch die Strukturen des monopolkapitalistischen Staates und kann deshalb Illusionen verfallen, die einen Widerstand und Gegengewalt unmöglich machen; letztlich demoralisiert sie die "Protestanten", die schließlich resignieren, weil gegen den übermächtigen Machtapparat des Staates nichts auszurichten sei. Der ethische Pazifismus, der sich überhaupt um Gesellschaftsanalysen nicht mehr kümmert und die anderen Apostel der Gewaltlosigkeit in diesem kapitalistischen System der Gewalt, bringen sehr viel Phantasie auf, um die Realität nicht zu sehen. Ihre Sprache ist die Sprache der Träumer aus Resignation, sie begnügen sich mit der individuellen Revolte, um sich tatsächlich mit der brutalen Wirklichkeit abzufinden, ihr Humanismus steht in keiner Verbindung zu dieser monopolkapitalistischen Gesellschaft, sein höchster Ausdruck ist deshalb die Schwatzhaftigkeit.

Die Vietnam-Demonstrationen seit 1966, die sich gegen die Auflagen der Polizei auflehnten und damit gegen die Formalien dieser Demokratie, konnten an Hand der Reaktionen des Staatsapparates die Gewaltstrukturen dieses spätkapitalistischen Systems entlarven. Die Polizei und die Staatsbürokratie demonstrierte ihren brutalen Charakter. Eine Opposition, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse entlarvte und zugleich die Idylle des vorherrschenden Freund-Feind-Schemas zerstörte,

zerstörte nicht nur das Selbstverständnis dieser autoritären Gesellschaft, sie stellte diese ganze Gesellschaft in Frage. Die Polizeistrategie und die Maßnahmen der Justiz orientierten sich an der Absicht, diese Opposition zu zerschlagen, denn sie war nicht "staatserhaltend", wie die der Biedermänner, die bisher sich mit dem Abendsmoking "Opposition" geschmückt hatten.

Als die Aufklärung in der Aktion vor allem an den Universitäten Massen mobilisierte und der "harte Kern" nicht zerschlagen werden konnte, gleichzeitig das Ausland aufmerksam wurde, das nicht ohne Grund das Aufkommen eines militanten deutschen Imperialismus befürchtet, variierten der Staatsapparat, die Parteien und die Polizei ihre Taktik, sie gaben sich "psychologisch". Aber die Charaktermasken der Lumpenbürokratie, die Neubauer und Sickert, reagierten am schwerfälligsten, noch im Februar dieses Jahres wollten sie die Vietnam-Demonstration zusammenschlagen lassen, um den Untertanen in Berlin die Stärke des Staates zu beweisen. Das Kalkül der Polizeipsychologen rechtfertigte die zurückhaltende Taktik damit, daß die Sammlungsbewegung APO, fehlte die direkte Konfrontation mit der "Autorität", den "Zusammenhalt" verlieren würde und in ihre Bestandteile, in die Fraktion der Pazifisten, Gesundbeter, Konfusionisten, Spirituosenhändler, radikale Demokraten, Antiautoritäre und Sozialisten sich auflösen würde. Die Polizeistrategen warteten auf den Moment, wo sie dann den "harten Kern" zerschlagen konnten ohne Komplikationen.

Die Agitation der Sozialisten in dieser "Sammlungsbewegung" APO hat sich auf zwei Schwerpunkte zu konzentrieren, einmal das imperialistische Herrschafts- und Machtsystem in den Metropolen zu entlarven. Das beinhaltet Kritik am bestehenden Parlamentarismus, damit keine Illusionen des "demokratischen Kampfes aller friedliebenden Kräfte" gegen den monopolkapitalistischen Staat entstehen können, wenn wer vom Kampf redet, muß auch über die Bedingungen dieses Kampfes sprechen.

Zum anderen hat die Agitation der Sozialisten das Ziel konkret aufzuzeigen, daß die Zwangsmaßnahmen des monopolkapitalistischen Staates im Zusammenhang stehen mit den Verwertungsschwierigkeiten der kapitalistischen Produktion. Der Profit muß gesichert werden durch die Maßnahmen gesteuerter Vergeudung in den Lumpenbürokratien, in der Rüstung, in Raketenprogrammen, durch Kolonialismus und Aggressionskriege und im Konsum, das heißt, es muß bewiesen werden, daß das spätkapitalistische System dem technischen Fortschritt der potentiellen Befreiung der Menschheit von Hunger und Krieg, entgegengesetzt ist.

Der Generalstreik in Frankreich, die zunehmenden, wilden Streiks in England, die Streikbewegung in Italien, der Widerstand der Arbeiter und Studenten in Spanien, die Ereignisse in Mexiko, geben einen deutlichen Hinweis, daß wir uns gegenwärtig in der Phase einer revolutionären Aufschwungperiode in Westeuropa befinden, die entscheidenden Impulse erhält vom Befreiungskampf in Vietnam. Erst dieser weltweite Zusammenhang in Verbindung mit der konkreten Situation in Deutschland kann die Taktik der Außerparlamentarischen Opposition bestimmen. Die Parole der forcierten Gegengewalt zu diesem Zeitpunkt würde idealistischen und abenteuerlichen Aktionen Vorschub leisten. Aber um zu verhindern, daß die Opposition in ihren pazifistischen Illusionen sich den Ruhmestitel "staatserhaltend" erwirbt, müssen die Aktionen von den drei Ebenen der Politik bestimmt sein, die die Aktionen erst zu "revolutionären" machen. Die erste ist realpolitisch, sie nutzt die demo-

kratische Verfassung gegen den monopolkapitalistischen Staat und seine Instanzen aus, sie versucht Reformen zu erlangen, vor allem an der Universität durchzusetzen, sie verunsichert den Apparat, macht sich dessen innere Gegensätze zu Nutze, bereitet den Boden für Auseinandersetzungen, indessen dieser Apparat zugestehen muß, daß er undemokratisch und autoritär ist. Durch diese Politik werden zukünftige Massenkampagnen vorbereitet, Massenaufklärung für den Sozialismus eingeleitet. Die andere Ebene der Politik ist die der Provokation und der Gegengewalt; erstarrte Formen der Staatsbürokratie werden durch Provokationen zu Handlungen gezwungen und gleichzeitig würde zum Beispiel auch verdeutlicht, daß die Opposition die Justiz als Klasseninstrument betrachtet und Widerstand leistet gegen den Individualterror dieses Apparates. Zu den "Provokationen" gehören auch die Vorbereitungen von Streiks und anderen Abwehrmaßnahmen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem bei den Arbeitern. Diese Ebene der Politik ist ausgerichtet auf die "Sprengung" des Systems, sie verläßt den demokratischen Formalismus der Verfassung und wird revolutionär, orientiert sich aber an den konkreten Bedingungen des Kampfes, ist also antiputschistisch. Die dritte Ebene der Politik bezieht sich auf die Organisationsform der Opposition selbst. Sie muß verhindern, daß theoretisch und praktisch die bürgerliche Gesellschaft in dieser Opposition widergespiegelt wird, daß autoritäre Strukturen neu entstehen, so daß der Kampf dieser "bürgerlichen" Organisation letztlich die bürgerliche Scheiße nur noch reproduzieren kann. In den Rahmen dieser Politik gehören die Vermittlung von antiautoritärer Revolte und notwendigen zentralistischen Maßnahmen, um sich gegen den Polizeiapparat etc. durchsetzen zu können, um überhaupt kontinuierliche Aufklärungsarbeit und Kampagnen durchführen zu können.

Nur in diesem Rahmen ist die Kritik an der Montagsdemonstration zulässig, Kritik an der mangelnden Vorbereitung, an der schlechten Koordination, an den putschistischen Ausfällen. Kritik am "Revolutionsritual" in den Veranstaltungen nach der Aktion, wo sich gerade der bürgerliche Typus von Veranstaltungen, von irrationalen Identifizierungen usw. darstellte. Jede Kritik muß aber davon ausgehen, daß der Justizapparat sich in der Offensive der individuellen Zermürbung der Opposition befindet und daß dagegen Maßnahmen ergriffen werden müssen, Widerstand geleistet werden muß.

Diejenigen, die sich sofort distanzierten - ohne Diskussion, diejenigen, die wie der EXTRA-DIENST Bildmaterial für die Polizei veröffentlichte und verleumderische Artikel drucke, diejenigen, die wie Börnsen vom SHB, diese Aktion als Gelegenheit nahmen, sich dem Staatsapparat anzubiedern, um den Differenzierungsprozeß unter den Studenten, wovon die Braven der SPD träumen, voranzutreiben, diejenigen, die wie der Gewaltlosenfetischist Blumen an die verletzten Polizisten schickt, damit er das gut honorierte Prostituiertenbild von der "guten Opposition" aufrechterhalten kann, beweisen, daß sie an der Umwälzung der Gesellschaft kein Interesse haben, daß sie jenseits der Barrikade stehen, Bürger im Wolfspelz der Opposition.

Lernen wir vom Vietcong, von der chinesischen und der kubanischen Revolution, dann werden wir siegen."

Bernd Rabehl

II. Aus den Arbeitskreisen

SÜSSER DIE GLOCKEN NIE KLINGEN !!!

Die Westberliner Zeitungsverleger lassen auch in diesem Jahr wieder unsere amerikanischen Freunde im Stich. Vor drei Jahren noch ersannen sie eine hübsche Weihnachtsidee: Jedem in Vietnam gefallenen GI wurde posthum ein Miniatur-Freiheitsglöckchen der Staatlichen Porzellanmanufaktur überreicht. So bekam das schöne Weihnachtslied "Kling, Glöckchen, Klingelingeling" einen neuen Tiefsinn.

Dennoch - auch in diesem Jahr wollen wir Berliner unseren amerikanischen Freunden zeigen, daß wir ihre Einsatzbereitschaft bei der Endlösung der Vietnamesenfrage an die große Glocke hängen wollen.... - Die "BZ" und andere Westberliner Zeitungen haben uns Mitbürger aufgerufen, auch in diesem Jahr Angehörige der Alliierten Streitkräfte am Heiligen Abend um uns zu scharen. Allerdings soll sich diese Einladung an (noch) lebende Soldaten richten.

Folgen wir dieser "BZ"-Bitte: Wenn am Weihnachtsbaum die Lichter brennen, ist der beste Zeitpunkt, um mit amerikanischen Soldaten über die Bescherung in Vietnam zu reden. ...

Wenn die Weihnachtsgans in der Röhre dampft, läßt es sich wunderbar über die Negerslums und die Bewegung der Armen in den USA diskutieren.

Der Arbeitskreis AGITPROP im RC-Berlin will auf diese Weise die Tradition des Verbandes der Zeitungsverleger fortsetzen - "Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" zu verbreiten.

Die vom US-Hauptquartier ausgewählten GIs sind keine Berufssoldaten; es sind fast immer junge Leute, die recht unfreiwillig fern von Zuhause Weihnachten in unserem Rentner-Bethlehem vermuffeln müssen. Geben wir ihnen ein Raum in unserer Herberge!

Speisen wir mit ihnen!

Trinken wir mit ihnen!

Diskutieren wir mit ihnen!

Wer weiß, vielleicht bewegen sie doch einige Worte in ihrem Herzen und werden so unsere Freunde!

Helft mit! - - - - - Schreibt an das

US-Hauptquartier
Information Division
Berlin 33, Clayallee 170
Tel.: 819 68 31

Ihr erhaltet dann ein Einladungsformular, das bis spätestens 15. Dezember wieder eingereicht werden muß.

In diesem Sinne wünschen wir allen Freunden ein frohes Fest.

Arbeitskreis 'Agitprop'
im Republikanischen Club Berlin

III. Veranstaltungsrezensionen

Willy Huhn: Zur Kritik einiger Legenden der deutschen November-Revolution.

Die Veranstaltung mit Willy Huhn am 21. November 1968 stand unter dem Unstern einer Terminverschiebung, die aus Rücksicht auf momentane Ak-

tualitäten veranlaßt worden war. Das erscheint gerade auch im Nachhinein, nach diesem Abend, als ein Indiz für ein gewisses Maß von Entfremdung zwischen engagierter älterer und neuer Linken. Weil bürgerliche Kultur heute insgesamt und ganz besondersdie deutsche Geschichte, einem Müllhaufen gleich, neigt die junge Linke dazu, alles zum alten Plunder zu werfen und historisches Gedächtnis selber zur Sentimentalität zu erklären, um stattdessen jede kurzfristige Taktik des Tages zur Universalstrategie aufzuschwellen. Darunter leidet aber auch die Vermittlung, die von der anderen Seite aus möglich wäre.

Die erste Legendenzertrümmerung Huhns galt dem Bewußtseinsdämmer, für den noch heute die Novemberrevolution die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist. Die Parlamentarisierung des Deutsches Reiches datiert in den Oktober zurück und ist einem Gnadenakt von oben zu verdanken, dessen Kalkül zwar nicht aufging, aber darauf berechnet war:

1. die Einheit der Nation vor dem "Feind" zu demonstrieren,
2. eine mögliche Revolution zu verhindern und
3. den Krieg effektiver fortzusetzen.

Legendär aber waren schon die Geschichten, die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen, die ihr nationales Herz frisch entdeckt hatten, während des Krieges 1914/18 massenhaft ausheckten: - Transmission für die Umbildung der einst sozialistischen Kräfte in Faktoren der Systemerhaltung und -stabilisierung. Da wurde die "Durchstaatlichung der Ökonomie" im Gefolge der Kriegswirtschaft als Siebenmeilenstiefelschritt zum Sozialismus gefeiert; Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten witterten Morgenluft, sich in den Staatsapparat hineinzuschnuggeln; Planung und Organisation wurden zu Synonymen für Sozialismus, der zum "Kriegssozialismus" avancierte; die Generalkommission der Gewerkschaften, das oberste Gremium, biederte sich bei Unternehmerverbänden an, um "konzertierte Aktion" zu machen. Die Gleichgeschalteten waren so von ihrer neuen Rolle im bürokratischen Getriebe fasziniert, daß sie die kriegswirtschaftlichen Modelle sogar in den Frieden hinüberretten wollten.

In der anschließenden Diskussion, die von der etwas akademischen Frage ausging, ob die Novemberereignisse überhaupt den Namen einer Revolution verdiene, gelang es nicht, den latenten Aktualitätsbezug herauszuarbeiten und in Strategeme zu übersetzen. Immerhin wurde deutlich, daß zwischen den Ergebnissen der Revolution und ihrem tatsächlichen Charakter als einer Massenbewegung zu unterscheiden ist, daß also die dogmatische Schubkastenzuteilung: bürgerliche oder sozialistische Revolution zurückzuweisen ist.

Klaus Herrmann

<u>Veranstaltung:</u> Eduard März: Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele der sozialistischen Parteien Westeuropas

---

Am 17. November 1968 referierte Professor Eduard März von der Wirtschaftshochschule Linz und der Arbeiterkammer Wien über das obige Thema.

Die Ausgangspunkte, die in den letzten 20 Jahren zu einer erheblichen "Skandinavisierung" der Arbeiterbewegung geführt haben, will März vor allem in zwei Faktoren sehen: erstens in dem relativ raschen Wirtschaftsaufschwung der kapitalistischen Länder auf der einen sowie

zweitens den Schwierigkeiten der Planung in den sozialistischen Gesellschaften. Schon in den Jahren nach der Weltwirtschaftskrise sind im Kapitalismus Instrumente entwickelt worden, die es gestatten, das System insgesamt einigermaßen stabil zu halten, obwohl die Steuerung der Wirtschaft einer noch nach dem Profitintersse der Unternehmer, d.h. nach dem Mechnismus privater Aneignung von gesellschaftlich produzierten Cütern, also antagonistisch erfolgt. Die Arbeiterparteien standen in den Zeiten sich nicht automatisch einstellender Wirtschaftskrisen vor der Notwendigkeit, eigene Planungsinstrumente zu entwickeln, die nicht auf seine Expertokratie hinausliefen und zugleich der Manipulation der Nachfrage durch fiscal policy etc. eine entscheidende Bildungsarbeit entgegenzusetzen. Sie könnten sich aber dem allgemeinen Fetisch der Nachkriegsjahre nicht entziehen, demzufolge als wirtschaftliches Primärziel Wachstum der Wirtschaft zu gelten hat, ohne daß zunächst die Struktur, noch die Verteilung des Wirtschaftswachstums entscheidende Rollen spielten.

Durch die Methoden der Globalsteuerung à la Schiller oder Wilson, mit Einkommen- und mit Preispolitik ist in einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik das Primat der Konzerne und marktbeherrschenden Unternehmen in der Wirtschaft nicht zu brechen, diese Konzerne und ihre Bedürfnisse werden vielmehr zu Daten für den Staat, der seine Politik an ihnen ausrichtet. Immerhin jedoch ist das System der Manipulation nicht ganz perfekt: Die Armut und Verschwendung, die es produziert, die Wachstumsungleichgewichte, Inflationen, Struktur- und Wachstumskrisen des spätkapitalistischen Systems haben doch schon zu Unruhen geführt und gehen einer stärker fundamentalistischen Betrachtung eine Chance, die ihre Aktionsparameter aus dem Druck Sozialisierung - Mitbestimmung - Planung ausrichtet und durch diese Mittel eine Änderung des gesellschaftlichen Prozesses einleiten könnten.

Dieser letzte Punkt konnte in der Diskussion nicht befriedigend geklärt werden: Wenn es, wie März darstellte, nicht willkürliche, sondern von bestimmenden ökonomischen Fakten verursachte Politik der Arbeiterparteien Westeuropas war, sich dem Wachstumsfetisch anzupassen, so ist es nicht ganz zu verstehen, warum jetzt die Rückbesinnung einsetzen sollte und vor allem, welche objektiven Konstellationen diesen traditionellen Organisationsformen eine praktische Eingriffschance einräumen sollten. Es blieb die Frage offen, ob eine Ausdehnung der bestehenden Verhältnisse merklich von den Organisationen erörtert werden kann, die zu ihrem Zustandekommen nicht unerheblich beigetragen haben, oder ob es nicht an der Zeit ist , zum Zwecke dieser Veränderung einmal nichtparlamentarische Organisationsformen der Arbeiterpolitik zu entwickeln.

Jörg Huffschmid

Sozialistische Publikationen in kapitalistischer Umwelt - Zur Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES

In seinem Einleitungsreferat schilderte der Redakteur des Berliner EXTRA-DIENSTES Guggomos den Werdegang des Blattes und definierte dessen Funktion.

Die gescheiterten Erstlingsversuche (Augstein-Projekt, Extra-Blatt) zeigen nach Guggomos die generelle Schwierigkeit, in einer ökonomisch und politisch feindlichen Umwelt eine Zeitung sozialistischer Prägung auf den Markt zu bringen. Notgedrungen mußte das ursprüngliche Konzept fallengelassen werden; bescheidener zugeschnitten erfuhr es in Gestalt des EXTRA-DIENSTES eine Neuauflage.

Das Blatt soll - so Guggomos - nicht theoretische Vorhut der sozialistischen Bewegung, sondern ein Informationsdienst sein, welcher durch Meldungen aus allen Institutionen zur Konsolidierung der Außerparlamentarischen Opposition beiträgt. Der EXTRA-DIENST verstehe sich außerdem als Korrektiv der bürgerlichen Presse, die über Vorgänge in gesellschaftlichen Randzonen kaum oder nur verzerrt berichte.

Der EXTRA-DIENST werde zu 40 % von Linken, zu 40 % von Liberalen gelesen. Es sei Aufgabe, die liberalen Leser zum Nachdenken zu zwingen und sie zu verunsichern, indem man zum Beispiel Protokolle über eine Sitzung des Bürgerkomitees bringe, oder über die Vorgänge in der Strafanstalt Tegel berichte. Mit dieser Politik verbreitere der EXTRA-DIENST die sozialistische Basis.

Guggomos erkannte einem Publikationsorgan wie dem EXTRA-DIENST in einer Zeit, in der Wachsen aber auch Wachstumsschwierigkeiten der Außerparlamentarischen Opposition unübersehbar sind, eine große Bedeutung zu. Die Diskussion setzte sich deshalb auch folgerichtig mit der Aufgabe auseinander, die - immerhin das einzige - Blatt der Außerparlamentarischen Opposition in Westberlin haben müßte. Es sollen an dieser Stelle wesentliche kritische Anmerkungen vorgetragen werden: Pluralistischer Journalismus ohne Teilnahme an sozialistischer Praxis, und dies sei das Konzept des ED, führe zu einer notwendigen Entfremdung zwischen Publikationsorgan und Basis.

Hinter dem wertneutralen Begriff "Informationsdienst" verberge sich als politisches Konzept die Meinung, daß eine Verunsicherung des Establishments die politischen Verhältnisse zu verändern vermag. Aus diesem Grund erscheinen weniger Informationen aus den Basisgruppen, nichts von deren Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Ideen etc. Dies lasse den Verdacht aufkommen, daß die Dezentralisierung der Bewegung nicht in das politische Konzept des ED hineinpasse, und daß deshalb bewußt neue politische Ansätze in der Außerparlamentarischen Opposition vernachlässigt würden.

Die Tatsache, daß der ED lediglich polemisch über die Aktionen vor dem Landgericht und überhaupt nicht über die Vietnam-Demonstration am 9. November berichtet habe, lasse den Verdacht aufkommen, daß neue Strömungen innerhalb der sozialistischen Bewegung bzw. neue Demonstrationsformen durch Schweigen negiert werden sollen.

Der ED richte sich zu sehr nach den Konsumentenbedürfnissen, er verzichte bewußt auf Informationen aus der Basis, da die Leser größeres Interesse an den Vorgängen im Establishment hätten. Damit aber habe der ED dasselbe gebrochene Verhältnis zur Information wie alle bürgerlichen, d.h. kapitalistischen Zeitungen.

Entschieden nahmen die Mitarbeiter des EXTRA-DIENSTES gegen die These der Basisgruppenfeindlichkeit Stellung. Es seien lediglich Kommunikationsmängel für die einseitige Berichterstattung verantwortlich zu machen. - Ein Informationsdienst sei überfordert, die theoretische Neuorientierung der APO in der letzten Zeit zu verarbeiten. Deshalb habe man eine Beurteilung der Ereignisse am Tegeler Weg vorläufig vermieden.

Trotzdem hinterließ zumindest beim Rezensenten die Diskussion den Eindruck, daß die Mitarbeiter des EXTRA-DIENSTES zwar subjektiv bereit sein mögen, einige Schwächen ihrer Informationspolitik zu beheben, daß aber das Verständnis von Politik bei den meisten Redakteuren es ausschließt, im ED einen aktiv mitwirkenden Teil der sozialisti-

schen und antiautoritären Bewegung zu sehen. Gerade jetzt reicht allerdings die Rolle des distanzierten Beobachters nicht aus. Deshalb hofft der Rezensent, daß er sich in der Beurteilung der Lage irrt!

Peter Sörgel

Yaak Karsunke: Zur Informationspolitik des KÜRBISKERN

Der Sachverhalt ist ebenso einfach wie bezeichnend. Zwei Jahre bemühten sich die fünf Herausgeber der literarischen Zeitschrift KÜRBISKERN Yaak Karsunke, Christian Geissler, Friedrich Hitzer, Hannes Stütz und Manfred Voß gemeinsam, hauptsächlich das Interesse für DDR-Literatur hierzulande zu heben. Im November 1968 zerbrach diese Fünfer-Ehe.

Chefredakteur Karsunke und Geissler wurden entlassen. Der Grund: Sie hatten beide im Septemberheft das Wahlbündnis abgelehnt und in der nächsten Ausgabe des KÜRBISKERN beabsichtigten sie, eine kritische Stellung zur Intervention der Sowjetunion in die CSSR zu beziehen. Die bereits gedruckten Artikel sollen nach Willen der drei anderen Herausgeber nicht erscheinen.

Da Friedrich Hitzer Mitgründer der DKP ist, läßt sich der Eindruck, hier gebe eine neue Partei ihren Einstand, nicht verwischen.

Ein Bündnis fiel auseinander, als es darum ging, nicht nur einig zu sein in der Ablehnung der derzeitigen Gesellschaftsform, sondern als man sich daran machte, den Begriff Sozialismus mit konkreten Inhalten zu füllen. Man kann Karsunke verstehen, wenn er meint, er habe von einer Form von Bündnispolitik, bei der unterschiedliche Meinungen durch Entlassung bereinigt werden, genug!

In der Diskussion war man sich in der Ablehnung überkommener, nur dem Namen nach sozialistischer Parteistrukturen einig. Umsomehr sah man die Notwendigkeit, das antiautoritäre Lager organisatorisch zu stärken.

Peter Sörgel

IV. Leserbriefe

Habt Ihr nicht in der MORGENPOST und an den Litfassäulen gelesen, daß die SPD-Tempelhof zum 21. November in die Askanische Oberschule in Tempelhof zu einem öffentlichen Diskussionsabend mit Klaus Schütz eingeladen hatte? Da wird in den Clubräumen und im RC-BULLETIN langatmig und in meist unverständlichem Kauderwelsch der Soziologen und Politologen theoretisiert, anstatt bei solchen Gelegenheiten die Außerparlamentarische Opposition aus der Versenkung aufstehen zu lassen, um mit Klaus Schütz zu diskutieren. Auf diese Weise gelang der SPD wieder einmal die Berieselung politischer Kleinbürger durch Klaus Schütz, und mein Diskussionsbeitrag konnte bei dieser gleichgesinnten Schar nicht ankommen und nur den Eindruck hinterlassen, daß es kaum noch ein Aufbegehren gegen das Establishment gibt.

Es ist unverzeihlich, eine solche günstige Gelegenheit zur Auseinandersetzung (ohne Verwendung von Pflastersteinen!) zu verschlafen. Wir haben doch wahrlich genügend Argumente für eine geistige und soziale Auseinandersetzung.
Dennoch: mit freundlichen Grüßen gez. Kurt Kauffmann

Einige technische Bemerkungen zur o.a. Mitgliederversammlung

Um die Kommunikation zwischen den Mitgliedern zu verbessern, um die Strategiediskussion nicht erst am 9. Januar beginnen zu lassen, das heißt um zu garantieren, daß die Mitglieder (nicht nur der Vorstand!) strategische Konzepte erarbeiten, wird jeweils am Donnerstag, den 12. und 19. Dezember, ab 20 Uhr, der Veranstaltungsraum freigehalten werden: Damit ist den Mitgliedern die instiutionelle Möglichkeit gegeben, in einer Vordiskussion strategische Konzepte zu entwickeln. Darüber hinaus können wir selbstverständlich kleineren ad-hoc-Gruppen jeden Abend Arbeitsräume (der EXTRA-DIENST ist ausgezogen!) zur Verfügung stellen.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung wird am Donnerstag, den 9. Januar um 18 Uhr stattfinden. Es sind Verhandlungen mit der Evangelischen Gemeindehaus in der Thielallee (Tagungsorte der beiden letzten Mitgliederversammlungen) im Gange. Endgültigen Bescheid erhalten Sie im nächsten BULLETIN!

Um eine möglichst intensive Diskussion zu garantieren, wollen wir Beiträge, Anträge und satzungsändernde Anträge im nächten BULLETIN veröffentlichen. Etwaige Zuschriften bitten wir Sie bis zum Redaktionsschluß des nächsten BULLETINs (Montag, 16. Dezember 1968) an das Sekretariat des Clubs zu schicken.

Wir halten es nicht für richtig, wenn am 9. Januar Mitglieder über Anträge abstimmen können, die mit ihren Beitragszahlungen seit Monaten im Rückstand sind - und deren gibt es trotz vieler Mahnaktionen leider eine Menge! Mitglieder, die mehr als 3 Monate im Verzug sind, bitten wir deshalb ihre Schulden zu begleichen. Falls dies aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, schicken Sie uns einen kurzen formlosen Antrag auf Beitragsreduzierung. Er wird mit ziemlicher Sicherheit positiv entschieden.

Peter Sörgel

V. Veranstaltungskalender

Freitag, den 6. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion über die Erklärung des Vorstandes: Demonstration und Gewalt.
Es diskutieren u.a. Knut Nevermann, Nils Kadritzke, Johannes Agnoli (siehe auch dazu die Beiträge in dieser Ausgabe des BULLETINS7.

Sonntag, den 8. Dezember 1968 - 20 Uhr
"Widerstand in Spanien heute"
Joan Esteller und Jose Suaréz berichten über die Situation in Spanien. Außerdem singen sie Widerstandslieder
(Joan y Jose treten in der Woche vom 2. - 6.12.1968 im Reichskabarett auf .

Mittwoch, den 11. Dezember 1968 - 20 Uhr
Veranstaltung der Luxemburg-Liebknecht-Gesellschaft.
Eine Diskussion mit Helmut Wilhelm Liebknecht, dem in Moskau lebenden ältesten Sohn von Karl Liebknecht zum Thema: Die Revolution von 1918/19

Donnerstag, den 12. Dezember 1968 - 20 Uhr
Jour fixe für die Entwicklung strategischer Konzeptionen aus den Reihen der Mitglieder.

Freitag, den 13. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion: Mitbestimmung als strategisches Konzept gesellschaftlicher Veränderung?
Es diskutieren Rudol Kuda (IG Metall, Frankfurt, Main,) Horst Schmitt (SED-Westberlin), Klaus Köster (RC und Jörg Huffschmid (RC).

Donnerstag, den 19. Dezember 1968 - 20 Uhr

Jour fixe für die Entwicklung strategischer Konzeptionen aus den Reihen der Mitglieder.

Freitag, den 20. Dezember 1968 - 20 Uhr
Cludiskussion mit Wilfried Gottschalch
Thema: Rätedemokratie - Utopie oder Element der Revolution.

Freitag, den 27. Dezember 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion mit Reinhard Opitz zum Thema:
Die Parlamentarisierung der Außerparlamentarischen Opposition.

Infolge des Umfanges, den dieses BULLETIN angenommen hat, war es leider nicht möglich, ein vollständiges Veranstaltungsprogramm für die nächste Zeit vorzubereiten. Wir bitten Sie deshalb, genau den Veranstaltungskalender des EXTRA-DIENSTES zu studieren.